
Bildungschaos beenden – Für Ordnung im Thüringer Schulsystem

Schulpolitische Forderungen der Jungen Union Thüringen zur aktuellen Bildungspolitik der rot-rot-grünen Landesregierung

Die Bildungslandschaft im Freistaat Thüringen versinkt aufgrund politischen Versagens derzeit im Chaos. Unterricht findet zu selten statt und fällt viel zu häufig aus, da nicht genügend Personal vorhanden ist. Förderschulen sollen geschlossen werden, obwohl Bedarf für eben diese besteht. Schüler, Lehrer und Eltern sind gleichermaßen übergangen und beklagen sich zu Recht. Statt Bildungspolitik zur Chefsache zu machen, wird das Bildungsministerium zur Resterampe der Linkspartei. Ein importierter SED-Altkauder mit sowjetischer Parteiausbildung ohne jegliche bildungspolitische Kompetenz ist das letzte Aufgebot der Linken für ein Schlüsselressort. Das ist ein Armutszeugnis für Die Linke und Ministerpräsident Bodo Ramelow. Die Thüringer Schulen haben Besseres verdient.

Wir müssen dringend wieder Ordnung in die Thüringer Schulen bringen und dabei auch an die Bildungspolitik von Morgen denken.

Daher fordern wir:

1. Unterrichtsgarantie umsetzen – Stundenausfall bekämpfen

Eine Situation, wie im Schuljahr 2016/2017 darf sich nicht wiederholen. Viele Schüler haben in diversen Fächern keine Benotung und damit keine Zeugnisnote ausgestellt bekommen. Grund für dieses Debakel ist schlichtweg der stetig zunehmende Ausfall von Unterrichtsfächern. Die Zahl der nicht gehaltenen Unterrichtsstunden des letzten Schuljahres ist auf 17.000 angestiegen. Die von der Landesregierung versprochene Unterrichtsgarantie ist somit nicht im Ansatz erfüllt. Noch nie war die Luft in den Lehrerzimmern so schlecht, wie es gegenwärtig der Fall ist.

Wir fordern die Landesregierung auf, einen kontinuierlichen Einstellungskorridor für alle Schularten des Freistaates zu schaffen! Es kann nicht angehen, dass die Linksregierung die Einstellungszahlen schönfärbt und die Situation somit nicht verbessert. Wir fordern 1000 neue Lehrerstellen pro Schuljahr

Beschluss #1 - Leitantrag

30. Landestag der Jungen Union Thüringen
Sonneberg, 26. und 27. August 2017



und dementsprechend die Erhöhung von Stellen für Lehramtsanwärter vor allem in den Mangelfächern. Gleichzeitig müssen angehende Lehramtsstudenten besser bei der Fächerwahl beraten werden. Mit Hilfe einer Ampel soll diesen verdeutlicht werden, in welchen Fächern in den nächsten Jahren ein erhöhter Bedarf entsteht. Nur so kann die anstehende Pensionierungswelle abgedeckt werden. Weiterhin soll sich die Landesregierung verpflichten, eine mobile Reserve an Lehrkräften mit unbefristeten Stellen einzurichten. Nach hessischem Vorbild fordern wir eine Lehrerbesetzung von mindestens 105 Prozent an jeder Schule, um Vertretungen u.a. im Krankheitsfall deutlich besser gewährleisten zu können und um außerunterrichtliche Aktivitäten zu stärken. Nur so können wir den Schülern eine Unterrichtsgarantie geben und die gestiegenen Anforderungen der Inklusion stemmen.

2. Gleiche Entlohnung für gleiche Tätigkeit

Thüringen liegt weit hinten, wenn es um die Bezahlung der Lehrer geht.

Während in anderen Bundesländern Lehrer in den Regelschulen bzw. vergleichbaren Schularten von Beginn der Lehrtätigkeit wie die Gymnasiallehrer bezahlt werden, ist das für die Lehrkräfte in Thüringen nicht der Fall. Wir fordern deshalb, dass unabhängig von der weiterführenden Schulart der Beruf des Lehrers zukünftig gleich zu entlohnen ist. Regelschullehrer verdienen in Thüringen weit weniger als Gymnasiallehrer. Es kann nicht Normalität sein, dass es für die gleiche Tätigkeit unterschiedliche Vergütungen gibt. Dies zeigt sich besonders in der Thüringer Gemeinschaftsschule, in der beide Lehrergruppen dieselben Schüler unterrichten, aber oft unterschiedlich bezahlt werden.

Beschluss #1 - Leitantrag

30. Landestag der Jungen Union Thüringen
Sonneberg, 26. und 27. August 2017



Jeder Regelschul- und Gymnasiallehrer, der bereit ist, eine Klasse oder einen Kurs als Klassenlehrer bzw. als Stammkursleiter zu führen, sollte mehr Geld erhalten. Das wäre gerecht, weil diese Aufgabe für den Lehrer viel mehr Einsatz bedeutet, z.B. Beurteilungen schreiben, das Führen von Lernentwicklungsgesprächen mit allen Schülern und Eltern, Elternabende durchführen, Wandertage und Klassenfahrten organisieren und durchführen, Klassenbücher bzw. Kursbücher führen und entsprechende Statistiken (z.B. über Fehltage der Schüler) anfertigen.

Auch Grundschullehrer verdienen in Thüringen weniger als in anderen Bundesländern. Mittlerweile ist das Studium dieser Gruppe genauso lang, wie das anderer Lehrer. Die Belastung und die Verantwortung sind vergleichbar mit anderen Lehrergruppen. Wir fordern daher eine Anhebung der Gehalts- bzw. Besoldungsgruppe, mindestens auf die Gruppe 12. Gerade in Zeiten übersprudelnder Steuereinnahmen muss hier ein Rahmen durch die Landesregierung geschaffen werden. Lehrer erfüllen in allen Schularten der Thüringer Bildungslandschaft ein hohes Maß an Verantwortung und Fürsorge für Kinder und Jugendliche. Nur indem die Einstellungs- und Vergütungsbedingungen verbessert werden, kann Thüringen die Herausforderungen des Lehrermangels meistern, der nicht zuletzt durch Abwanderung gut ausgebildeter Absolventen in andere Bundesländer entsteht. Wir müssen gute Rahmenbedingungen schaffen, um im Wettbewerb um neue Lehrer mit anderen Ländern bestehen zu können.

3. Mehr Beförderungen – bessere Schulleitungen

Dem Freistaat Thüringen fehlen in den kommenden Jahren hunderte Schulleiter. Ein Kernproblem der Schulentwicklung im Freistaat sind fehlende geeignete Bewerber für die Schulleitung. Dabei steht und fällt die langfristige Qualität einer Schule oft mit den Personen an der Spitze. Zu wenig Lehrer werden befördert und kommen daher alleine wegen einer zu niedrigen Besoldungsgruppe nicht als Schulleiter in Frage. Wir fordern eine spürbare Erhöhung der Beförderungsstellen auch als Leistungsanreiz. Bei den Beförderungen sollten mehr die pädagogische Leistung und die Führungskompetenz als das Dienstalter im Vordergrund stehen.

Sollte sich im Laufe einer ersten Ausschreibung kein geeigneter Bewerber für eine Schulleitung finden, ist diese neu auszuschreiben und für externe Bewerber und für Bewerber ohne entsprechende Eingruppierung zu öffnen. In jedem Fall muss jede Schule spätestens nach einem Jahr wieder eine

Beschluss #1 - Leitantrag

30. Landestag der Jungen Union Thüringen
Sonneberg, 26. und 27. August 2017



vollständige Schulleitung haben. Dieses Verfahren sichert zum einen die zeitnahe Besetzung von Leitungsstellen und zudem steigert sich durch die realistischeren Aufstiegschancen die Attraktivität des Lehrerberufs.

4. Förderschulen erhalten – Inklusion mit Augenmaß

Gute Bildung heißt, individuellen Bedürfnissen zu entsprechen. Deshalb fordern wir ein Moratorium für bestehende Förderschulen. Darüber hinaus sprechen wir uns für den Erhalt und eine langfristige Unterstützung der Förderschulen aus. Viele Betroffene wünschen sich einen intensiven, fachgerechten und ausschließlich sonderpädagogischen Unterricht. Durch den Erhalt von Förderschulen können wir eine echte Wahlfreiheit bei der Inklusion zwischen Förder- und Regelschule schaffen und den Regelschulen die notwendige Zeit geben, sich allmählich auf die Anforderungen eines inklusiven Unterrichts einzurichten. Wir streben eine erfolgreiche Inklusion an. Damit diese gelingen kann, müssen auch Lehramtsstudenten richtig vorbereitet werden. Aktuell kommt der Bereich Inklusion im Studium viel zu kurz. Wir fordern eine Anpassung der Inhalte im Studium an die künftigen Gegebenheiten.

5. Kurze Beine – kurze Wege: Keine Mindestschülerzahlen

Wir fordern, die vom Thüringer Bildungsministerium geplante Änderung des Thüringer Schulgesetzes zur Einführung einer Verordnungsermächtigung zur Festlegung von Mindestgrößen für Klassen und Schulen nicht weiter zu verfolgen. Mindestschülerzahlen in der Größenordnung, wie von Rot-Rot-Grün vorgesehen würde ein Schulsterben besonders im ländlichen Raum bewirken. Zudem greift diese Maßnahme in die kommunale Selbstverwaltung ein. Wir wollen aber, dass die Schule auch im Dorf bleiben kann. Denn kurze Beine brauchen kurze Wege.

6. Lehre findet nicht nur im Klassenraum statt

Das Verstehen, Erfassen und Erkennen von Zusammenhängen und Gemeinschaft kann nicht einzig im Klassenraum vermittelt werden. Es braucht mehr Freiraum für die Vermittlung von Fachkenntnissen, Werten, Normen und Gemeinschaft. Dafür muss es den Schulen, Lehrern und Schülern möglich

Beschluss #1 - Leitantrag

30. Landestag der Jungen Union Thüringen
Sonneberg, 26. und 27. August 2017



sein, Themen außerhalb des Schulgebäudes zu betrachten. Rot-Rot-Grün allerdings hat die Finanzmittel für Klassenfahrten erheblich zusammengestrichen, forderte komplexe Ausarbeitungen für die Anträge zu anstehenden Klassenfahrten und schränkte die Lehrmöglichkeit somit massiv ein. Anstatt Lehrer in ihrer Tätigkeit, Idealismus und Tatendrang zu bremsen, sollte die Regierung eine hohe Motivation an der Unterstützung von Klassenfahrten und Unterricht außerhalb vom Klassenraum haben. Wer Lehrer ausbremst, bremst die Bildung aus. Wir fordern deshalb, dass die chronische Unterfinanzierung von Klassenfahrten beendet wird und mindestens auf das Niveau der Vorgängerregierung angehoben wird. Schulen sollte es sofort wieder möglich sein, Mittel für Klassenfahrten, Bildungsreisen und Ausflüge abzurufen. Dabei ist vor allem ein leichter und kurzer Antragsweg in der Verantwortung der Schule zu beachten, so dass Lehrer nicht durch eine zusätzliche Hürde gebremst werden.

7. Chancen der Digitalisierung nutzen

Die zunehmende Digitalisierung erfordert ein weitreichendes Umdenken auch im Bereich Bildung. Um den Herausforderungen einer digitalen Zukunft gewachsen zu sein, ist es von großer Notwendigkeit, Kinder und Jugendliche in die Lage zu versetzen, moderne Technik nicht nur anzuwenden, sondern auch zu verstehen. Dabei bedeutet ein Mehr an digitalen Lehr- und Lernmitteln (Tablets, programmierfähige Taschenrechner) nicht automatisch eine bessere Bildung in diesem Bereich. Vor allem muss die Ausbildung in den informationstechnischen Grundlagen an der Schule verbessert werden. Medienkompetenz kann nur derjenige erlernen, der versteht, wie moderne Medien funktionieren. Digitalisierung und Technik sind Themengebiete, die einer ständigen Weiterentwicklung unterliegen. Daher ist es notwendig, auch Lehrer regelmäßig in diesem Bereich fortzubilden.

8. Schule praktisch und berufsorientiert gestalten

Die Entscheidung über den weiteren Ausbildungsweg ist für Jugendliche nicht immer einfach. Die Auswahl der weiterführenden Schulen und Ausbildungsberufe ist weit und nicht selten unübersichtlich. Oft sind den Schulabgängern nicht alle Optionen bekannt oder sie sind mit ihrer Entscheidung, die das weitere Leben ebnet, alleingelassen. Die wenigen Schulpraktika und der Besuch des Berufsberaters reichen da nicht aus. Wir fordern für die letzten beiden Schuljahre eine erhöhte Anzahl an

Beschluss #1 - Leitantrag

30. Landestag der Jungen Union Thüringen
Sonneberg, 26. und 27. August 2017



berufspraktischen Bestandteilen, wie eine engere Anbindung an Berufsberater, Firmenkontakte, Arbeitsgruppen und Kontakthilfen. Die Schüler sollen so die Möglichkeiten erhalten, nach der Schule verschiedene Optionen für Studium, Ausbildung oder alternative Wege aufgezeigt zu bekommen. Dies fördert früh und stabil den Weg in die Beschäftigung. Weiterhin fordert die Junge Union Thüringen den Ausbau von Schulpraktika. Nicht selten haben Schüler in ihrer gesamten Schullaufbahn nur ein Praktikum und sollen, im Idealfall an diese anlehnd, eine Entscheidung treffen, die ihren beruflichen Lebensweg beeinflussen wird. Es ist jedoch nur wenig realistisch, dass ein einziges Praktikum eine Vorstellung vom Berufsleben und Ausbildungsweg erzeugen kann. Wir fordern deshalb: Mehr Berufsorientierung ab Klasse 8! Allen Thüringer Schülern sollen mindestens zwei oder mehr Möglichkeiten für Berufseindrücke zur Verfügung stehen.

9. Aufarbeitung der beiden Diktaturen des 20. Jahrhunderts stärken

Wir fordern die zeithistorische Bildung zu stärken. Intensive Vermittlung der Geschichte des 20. Jahrhunderts mit den beiden Diktaturen auf deutschem Boden kommt oft zu kurz. Gerade angesichts unterschiedlich erstarkender Populismen und Extremismen erscheint dies besonders geboten. Im Geschichts-, Sozialkunde-, Deutsch- und Religions- bzw. Ethikunterricht ist dies stärker zu berücksichtigen. Unsere bereits erhobene Forderung nach einer Erhöhung der Stundenanzahl für das Fach Sozialkunde ist hierzu ein realistischer Weg. Mehrtägige Bildungsfahrten zu den Gedenkstätten der beiden Diktaturen des 20. Jahrhunderts sollten für jede Schule selbstverständlich sein und durch die Landesregierung gefördert werden.

Beschluss #1 - Leitantrag

30. Landestag der Jungen Union Thüringen
Sonneberg, 26. und 27. August 2017



10. BLF bundesweit anerkennen lassen

Die Besondere Leistungsfeststellung (BLF) an Gymnasien muss in allen Bundesländern dem Abschluss der 10. Klasse an anderen Schularten gleichgestellt werden. Wir fordern die Landesregierung auf, dazu in der Kultusministerkonferenz (KMK) aktiv zu werden. Für uns steht außer Frage, dass die BLF nicht leichtfertig umgangen werden darf. Nur in absoluten Ausnahmefällen darf die Versetzung in Klasse 11 ohne BLF erfolgen.

11. Keine halben Sachen: AzubiTicket zu 100%

In der langen Diskussion um die Einführung des AzubiTickets für Auszubildende hat die Landesregierung kleine Fortschritte gemacht. Auszubildende erhalten nun ein AzubiTicket, um an den schulischen Ausbildungsabschnitten teilnehmen zu können. Auszubildende können so von ihrem Wohnort zur Berufsschule fahren, ohne die Kosten selber tragen zu müssen. Allerdings besteht eine Ausbildung auch aus praktischen Teilen, die ebenso bindend sind wie die theoretischen Abschnitte. Wir fordern deshalb, ohne weitere Verzögerung: Die Umsetzung des AzubiTickets ab dem Ausbildungsjahr 2017- zu 100%! Anzustreben ist neben der Entlastung der Auszubildenden auch die Entlastung aller Schüler. Aktuell gibt es in Thüringen große Unterschiede in Bezug auf die Finanzierung der Fahrkarten der Schüler der gymnasialen Oberstufe. Dies ist nicht hinnehmbar, da die schulische Ausbildung nicht mit dem Abschluss der 10. Klasse endet. Eine vollständige Entlastung, wie sie bspw. im Eichsfeld vorzufinden ist, ist hier anzustreben. Die Landesregierung wird aufgefordert, den Kommunen die finanziellen Mittel hierfür zur Verfügung zu stellen.

12. Integrationsquote in Schulen

Die Integration von Flüchtlingen kann nur gelingen, wenn es für sie eine Perspektive auf dem ersten Arbeitsmarkt gibt. Dies ist nur mit Bildung möglich. Bildungschancen müssen gewährt, aber auch wahrgenommen werden. Dazu gehört ein Ausbau an BVJS und BVJ Klassen. An Grundschulen fordert die Junge Union Thüringen eine Integrationsquote von maximal 25 Prozent für Schüler mit Deutsch als Zweitsprache pro Lerngruppe. Damit Integration auch leistbar ist. Sprache ist der Schlüssel zur Integration. Spracherwerb und Integration können aber nur gelingen, wenn es eine Mehrheit an Muttersprachlern gibt, in die sich Kinder integrieren können. Mit dieser Forderung greifen wir die

Beschluss #1 - Leitantrag

30. Landestag der Jungen Union Thüringen
Sonneberg, 26. und 27. August 2017



Anregungen zahlreicher Schulleiter und Eltern auf. Auch ausländische Schüler müssen alle Bildungschancen haben. Diese Integrationsquote soll die Chancen der Kinder verbessern und die Lehrer vor Überforderung schützen. Laut Studien wollen auch die Eltern der Schüler mit Migrationshintergrund eine Mehrheit an Muttersprachlern in den Klassen ihrer Kinder. Von Diskriminierung kann daher keine Rede sein. Die Schulen sollen mehr Flexibilität erhalten und Klassen bilden können, in denen Spracherwerb und Lernen für alle Kinder möglich ist.

13. Gute Bildung mit G8 oder G9?

Die Junge Union Thüringen bekennt sich ausdrücklich zu den föderalen Prinzipien in der Schulpolitik. Föderalismus ermöglicht einen Wettbewerb um die besten Konzepte und erlaubt es, auf regionale Besonderheiten Rücksicht zu nehmen. Die Erfahrungen in Frankreich zeigen, dass eine zentralistische Schulpolitik der falsche Weg ist. Thüringen hat gute Erfahrungen mit dem 12-jährigen Abitur gemacht. Die Leistungen von Thüringer Abiturienten machen deutlich, dass das bisherige Modell erfolgreich ist. Daher ist und bleibt das Abitur nach 12 Jahren unser Beitrag zum Wettbewerb um die besten Konzepte.

14. Die Zukunft der Thüringer Gemeinschaftsschule

Die Thüringer Gemeinschaftsschule hat sich vielerorts etabliert. Sie ist dann erfolgreich, wenn sie vor Ort von Lehrern, Eltern, lokalen Entscheidungsträgern und Schülern gewollt ist. Eine Bevorzugung der Thüringer Gemeinschaftsschule lehnen wir nach wie vor strikt ab. Der Druck vom Bildungsministerium und von einzelnen Schulämtern auf Schulen sich zu einer Gemeinschaftsschule umzuwandeln, ist völlig inakzeptabel. Wir stehen für ein Bildungssystem in dem sich Schüler individuell an der für sie richtigen Schule entfalten können. Daher stehen bei uns Regelschulen, Gemeinschaftsschulen, Förderschulen und Gymnasien gleichberechtigt nebeneinander. In keinem Fall werden wir akzeptieren, dass es nur noch eine Einheitsschule und Einheitslehrer gibt.

Änderung des Sozialgesetzbuches (SGB), Neuntes Buch (IX): Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen

Die Eingliederung von körperlich-geistig eingeschränkten Menschen in den Arbeitsmarkt muss eine hohe Priorität haben. Trotz vieler Bemühungen ist eine erfolgreiche Eingliederung nicht immer gewährleistet und mit Rückschlägen behaftet. Schafft ein behinderter Mensch nicht die Leistung im Arbeitsmarkt, ist ihm die Rückkehr in die „Lebenshilfe-Werkstatt“ verwehrt. Hier muss eine Anpassung im Sozialgesetzbuch IX erfolgen um körperlich, geistig und psychisch behinderten Menschen eine Zukunft zu geben.

Pflegekräfte für die Zukunft stärken!

Bundesweite Pflegekammern auch in Thüringen

In Deutschland gibt es zurzeit in drei Bundesländern Pflegekammern (Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein und Niedersachsen). Das ist aus Sicht der Jungen Union nicht ausreichend. Ziel muss es sein, den Beruf der Pflege zu stärken. Hier ist die oberste Priorität die Sicherstellung einer sachgerechten und professionellen pflegerischen Versorgung nach aktuellen pflegewissenschaftlichen Erkenntnissen. Daraus schließt sich, die Qualitätssicherung in der Pflege zu fördern, sowie pflegewissenschaftliche Erkenntnisse zu nutzen und umzusetzen. Wir als Junge Union plädieren für eine Bundesweite Einrichtung von Pflegekammern, um die Schaffung einer einheitlichen Berufsethik und Berufsordnung, die Registrierung aller Angehörigen der Pflegeberufe, sowie die fachlichen Beteiligungen bei Gesetzgebungsverfahren zu fördern.

Attraktivität der Pflegeausbildung erhöhen

Mit Hinblick auf den auftretenden Pflegekräftemangel in Deutschland, ist es wichtig, den Beruf der Pflege attraktiv zu gestalten. Die duale Ausbildung ist national und international ein Erfolgsmodell. Die Neuordnung der Pflegeberufe muss sich an den Standards dieser dualen Berufsausbildung orientieren. Ein einheitliches Berufsbild kann mehr berufliche Einsatzmöglichkeiten schaffen. Hierzu sollen die Ausbildungen in der Pflege (Kinderkranken-, Kranken- und Altenpflege) zu einer grundständigen zweijährigen gemeinsamen Ausbildung und einer einjährigen Spezialisierung zusammengefasst werden. Diese Zusammenlegung würde bei besserer finanzieller Honorierung und höherer gesellschaftlicher Anerkennung das Ergreifen des Altenpflegeberufs attraktiver machen. Des Weiteren fordern wir als Junge Union die Abschaffung des Schulgeldes bei der Ausbildung in der Pflege (Kinderkranken-, Kranken- und Altenpflege), um die Attraktivität und Steigerung der Ausbildung zu erhöhen. Die akademische Forschung und Lehre in den Pflegewissenschaften und den Nebengebieten ist stärker zu fördern. Dazu soll die Anzahl der Pflegelehrstühle an den Universitäten erhöht, Kooperationen mit Universitätskliniken angestrebt und stabile Pfade für die Nachwuchsförderung in Form von Promotionsmöglichkeiten geschaffen werden.

Entlastung der Pflegekräfte

Die Personalausstattung in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen liegt Deutschland im hinteren internationalen Feld (in Deutschland kümmert sich im Schnitt ein Pfleger um 13 Patienten, in den USA

Beschluss #3

30. Landestag der Jungen Union Thüringen
Sonneberg, 26. und 27. August 2017



5,8 Patienten, Schweiz und Schweden je 8 Patienten). Die Pflegekräfte sind in vielen Bereichen im Gesundheitsbereich am Limit angekommen. Wir fordern eine Personaluntergrenze in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen, die nicht unterschritten werden darf. In der Untergrenze müssen folgende Faktoren berücksichtigt werden:

- Erkrankungen der Patienten,
- das Alter oder der Pflegegrad der Patienten sowie
- baulichen Bedingungen der Häuser.

Ziel muss es sein, Pflegekräfte dauerhaft zu entlasten, sowie die Qualität am Patienten zu erhöhen.

Regelungen zur Bildung der Rettungsgasse vereinfachen – schnelle Hilfe ermöglichen!

Die Junge Union Thüringen fordert den Bundesverband der Jungen Union auf:

1. Der Bundesverband der Jungen Union soll sich für eine Änderung der StVO in der neuen Legislaturperiode einsetzen. Hierbei sollen die Regelungen im §11 hinsichtlich besonderer Verkehrslagen angepasst werden.
2. Konkret soll die Regelung im Absatz zwei um folgenden Satz ergänzt werden: „[...] Zur Bildung dieser Gasse soll der Standstreifen mit genutzt werden.“
3. Eine entsprechende Anpassung des §18 Abs.8 StVO soll mit erfolgen.
4. Die Änderung dieser Regelungen soll in einem Maße an die Bevölkerung kommuniziert werden, die geeignet ist, eine möglichst hohe Aufmerksamkeit für das Thema zu erzeugen.

Beschluss #5

30. Landestag der Jungen Union Thüringen
Sonneberg, 26. und 27. August 2017



Faire Bedingungen auf Deutschlands Straßen

Die JU Thüringen setzt sich für eine Anhebung des Strafmaßes bei Missachtung des Rechtsfahrgebots auf das Strafmaß für Rechtsüberholer ein.

Beschluss #6

30. Landestag der Jungen Union Thüringen
Sonneberg, 26. und 27. August 2017



Vereine entlasten, Ehrenamt stärken

Die JU Thüringen fordert ein behördenfreies erstes Jahr für neugegründete Vereine und die Anhebung des umsatzsteuerfreien Betrages an Bruttoeinnahmen (Kleinunternehmerregelung) von 17.500€ auf 25.000€ im §19 UStG.

Beschluss #7

30. Landestag der Jungen Union Thüringen
Sonneberg, 26. und 27. August 2017



Digitaltest für Bildungseinrichtungen

Die Junge Union Thüringen fordert einen Digitaltest für Bildungseinrichtungen, um langfristig digitales Lernen zu garantieren. Dieser Test soll gewährleisten, dass im Zuge einer Renovierung oder Neubaus von (Hoch)Schulgebäuden, Infrastruktur und Lernumgebung die speziellen baulichen Bedürfnisse der Digitalisierung berücksichtigt werden. Besondere Beachtung sollte dabei die dauerhafte, störungsfreie Versorgung mit schnellem W-LAN und mobiler Netzabdeckung finden. Außerdem muss die Ausstattung mit interaktiven Whiteboards, geeigneten Tischen und genügend Steckdosen gewährleistet werden.

Berufsausbildung stärken: Stipendium für Auszubildende

Die Junge Union Thüringen fordert die Bundesregierung auf:

1. Ein Stipendienprogramm für Auszubildende zu initiieren, die im Rahmen ihrer Ausbildung herausragende Leistungen und besonderes ehrenamtliches Engagement zeigen.
2. Das Stipendium soll als einkommensunabhängiges Fördergeld gewährt werden.

Schärfere Sanktionierung von nicht kooperativen Arbeitslosen

Durch die Agentur für Arbeit soll jedem Arbeitslosen ein speziell auf ihn zugeschnittenes und nach seinen Kenntnissen und Qualifikationen ausgewähltes Jobangebot unterbreitet werden. Ist kein Jobangebot möglich, so soll der Arbeitssuchende in Arbeitsmaßnahmen der Kommune o.ä. eingebunden werden. Lehnt der Arbeitssuchende zwei dieser Angebote ab, so soll eine Sanktionierung in Form der Kürzung der Bezüge erfolgen.

Menschen, die aufgrund von Krankheit o.ä. nicht in der Lage sind, zu arbeiten, sind von dieser Regelung auszunehmen.

Abschaffung der doppelten Staatsbürgerschaft, Wiedereinführung der Optionspflicht

Die Junge Union Thüringen fordert die Wiedereinführung der Optionspflicht für alle Bürger mit zwei Staatsangehörigkeiten. Staatsbürgerschaften von Mitgliedern der Europäischen Union bleiben davon unberührt. Ausnahmeregelungen für demokratische Partnerstaaten sind möglich.

Kinder und Jugendliche, die durch das Abstammungs- oder Geburtsortprinzip die deutsche sowie eine oder mehrere andere Staatsbürgerschaften erhalten haben, müssen sich ab dem 18. bis zum 23. Geburtstag für eine Staatsbürgerschaft entscheiden. Erfolgt diese Entscheidung nicht, verlieren sie die deutsche Staatsbürgerschaft zugunsten ihrer anderen. Die Regelungen des §12 StAG bleiben unberührt.

Beschluss #11

30. Landestag der Jungen Union Thüringen
Sonneberg, 26. und 27. August 2017



Erhalt der Hegegemeinschaften

Die Junge Union Thüringen fordert, dass mit der Änderung des Landesjagdgesetzes die Hegegemeinschaften unangetastet bleiben.

Beschluss #12

30. Landestag der Jungen Union Thüringen
Sonneberg, 26. und 27. August 2017



Einführung der Extremismusklausel

Die Junge Union Thüringen setzt sich für die Wiedereinführung einer Extremismusklausel auf Landes- und auf Bundesebene ein. Organisationen und Vereine, die Geld aus staatlichen Förderprogrammen beziehen, sollen ein Bekenntnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung ablegen und sich ausdrücklich von politischer Gewalt, politischen Straftaten und der Vorbereitung politischer Straftaten distanzieren. Antragsteller, die sich nicht in der Lage sehen, diesen Minimalkonsens der politischen Auseinandersetzung mitzutragen, haben den Boden der Verfassung verlassen und sollten auch keine finanziellen Mittel vom Staat zur Verfügung gestellt bekommen.

Stärkere Überwachung linksextremistischer Organisationen

Die Junge Union Thüringen setzt sich für folgende Forderungen ein:

1. Wir fordern, dass neben der Überwachung von rechtsextremistischen Organisationen, die Überwachung von linksextremistischen Organisationen und Personen deutlich verstärkt wird. Des Weiteren fordern wir in einem ersten Schritt ein Konzept, wie diese stärkere Überwachung umgesetzt werden kann. Dieses Konzept soll bis zum 30.06.2018 vorliegen. In einem zweiten Schritt, der sich nahtlos an den ersten Schritt anzuschließen hat, fordern wir diese Überwachung durchzuführen. Dem Landtag ist einmal jährlich ein Bericht der Überwachung und der Überwachungsergebnisse vorzulegen.
2. Wir fordern die stärkere finanzielle Unterstützung der Maßnahmen zur Prävention und Bekämpfung von Linksextremismus. Höhere finanzielle Mittel sind im Landeshaushalt 2018/2019 einzuplanen.

Stärkung und Stabilisierung der Leistungsfähigkeit des Landesamtes für Verfassungsschutz in Thüringen

Die Junge Union Thüringen fordert:

1. Die personelle Ausstattung des Landesamts für Verfassungsschutz um 60 Mitarbeiter zu erhöhen, auf 150 Mitarbeiter insgesamt. Somit kann eine gute Leistungsfähigkeit des Landesamtes für Verfassungsschutz gewährleistet werden.
2. Es muss eine neue Aufgabenpriorisierung vorgenommen werden, um alte und neue Bedrohungen (z.B.: Linksextremismus, Rechtsextremismus Islamischer Extremismus und Reichsbürgerbewegung) unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung und der Thüringer Landesverfassung weiterhin aktiv bekämpfen zu können.

Beschluss #15

30. Landestag der Jungen Union Thüringen
Sonneberg, 26. und 27. August 2017



Thüringenweite CampusApp

Die Junge Union Thüringen fordert eine CampusApp für alle Thüringer-Hochschulen. Diese App zur Studienverwaltung soll für alle Studenten durch die Nutzung eines Smartphones oder eines anderen mobilen Endgeräts zugänglich sein. Darin sollen, neben dem Stundenplan, einem Uni-Emailpostfach, Informationen zu Einrichtungen, Räumen und Gebäuden, Terminen, Personen und Kontakten, auch das tägliche Campusleben, darunter Mensaplan und Hochschulnews, erfasst sein.

Einführung eines Förderprogramms

„Digitalbonus Thüringen“

Die Junge Union Thüringen fordert die Thüringer Landesregierung auf - ähnlich wie in Bayern bereits eingeführt - ein Förderprogramm „Digitalbonus Thüringen“ ins Leben zu rufen. Gefördert werden sollen kleine und mittlere Unternehmen, die ihre Produkte, Dienstleistungen und Prozesse digitalisieren und ihre IT-Sicherheit verbessern wollen. Beantragt werden können die Fördermittel von Unternehmen, die eine Betriebsstätte in Thüringen haben und zudem die EU-Definition für kleine und mittlere Unternehmen erfüllen (bis zu 249 Beschäftigte und Jahresumsatz von bis zu 50 Mio. Euro bzw. Bilanzsumme von bis zu 43 Mio. Euro jährlich). Gefördert werden sollen Ausgaben für Leistungen externer Anbieter einschließlich der zur Umsetzung der Maßnahme notwendigen Hard- und Software. Der Fördersatz kann abhängig von der Unternehmensgröße 50% der förderfähigen Ausgaben bei kleinen und 30% bei mittleren Unternehmen betragen. Die einzelne Fördersumme sollte bis 10.000 Euro beantragt werden können.

Beschluss #17

30. Landestag der Jungen Union Thüringen
Sonneberg, 26. und 27. August 2017



Erste-Hilfe-Kurse

Die Junge Union Thüringen fordert die Bundesregierung dazu auf, eine gesetzliche Regelung zu erarbeiten und in das Gesetzgebungsverfahren einzubringen, die Führerscheinbesitzer dazu verpflichtet, alle fünf Jahre an mindestens einem Erste-Hilfe-Kurs teilzunehmen.

Beschluss #18

30. Landestag der Jungen Union Thüringen
Sonneberg, 26. und 27. August 2017



Bündnis gegen Linksextremismus

Die Junge Union Thüringen unterstützt die Forderung der Gewerkschaft der Polizei (GdP) nach einem Bündnis gegen Linksextremismus und fordert die Landesregierung auf, einen Aktionsplan gegen Linksextremismus vorzulegen und finanzielle Förderung der linksextremen Szene einzustellen.

Beschluss #19

30. Landestag der Jungen Union Thüringen
Sonneberg, 26. und 27. August 2017



Beamte schützen – Wiederholungstaten verhindern

Die Junge Union Thüringen fordert die Landesregierung auf, sich im Rahmen einer Bundesratsinitiative für eine erleichterte Untersuchungshaft von Wiederholungstätern einzusetzen. Dazu sollen §§ 114, 115 StGB in den Katalog des § 112a Abs. 1 Ziffer 2 StPO aufgenommen werden.

Beschluss #20

30. Landestag der Jungen Union Thüringen
Sonneberg, 26. und 27. August 2017



Anwohner von Hoch- und Höchstspannungsleitungen besser entschädigen

Die Junge Union Thüringen fordert eine bessere finanzielle Entschädigung für die Anwohner und die Gemeinden an neuen Stromtrassen.

Beschluss #21

30. Landestag der Jungen Union Thüringen
Sonneberg, 26. und 27. August 2017



Hochschulbau Investitionsprogramm

Die Junge Union Thüringen setzt sich für die Verdopplung des Hochschulbauinvestitionsprogrammes ein.

Förderung des schulischen Engagements und der Sozialkompetenz von Schülerinnen und Schülern durch Schülerräte

Wir fordern:

1. Die Einrichtung von Schülerräten an den weiterführenden Schulen in Thüringen. Der Schülerrat dient zur Selbstverwaltung der gesamten Schülerschaft einer Schule und ergänzt somit die Klassensprecherversammlungen. In ihm sollen Wünsche und Interessen diskutiert und konkretisiert werden, damit diese letztlich umgesetzt werden und eine schülerzentrierte Schule geschaffen wird.
2.
 - a. Der Schülerrat setzt sich klassen- und jahrgangsübergreifend aus Freiwilligen zusammen. Die personelle Stärke richtet sich nach dem Interesse der Lernenden und wird an jeder Schule individuell geregelt. Es finden keine Wahlen statt: Die Aufnahme ist somit nicht an Voraussetzungen gebunden und es kann allen Schülerinnen und Schülern eine Teilnahme ermöglicht werden.
 - b. Aus den Freiwilligen geht ein gewählter Vorstand hervor. Der oder die schulinternen Schulsozialarbeiter/-in fungiert als eine Ansprechperson und steht den Schülerinnen und Schülern unterstützend zur Seite. Zudem besteht zwischen dem oder der Schulsozialarbeiter/-in, der Schulleitung und der Lehrerschaft ein wechselseitiger Kontakt. Sie bestimmen die Rahmenbedingungen der Arbeit des Schülerrates.
3. Bestehende Aufgaben, wie etwa die Organisation von Schulveranstaltungen oder eines Schülercafés, werden vom nun entlasteten Lehrpersonal auf den Schülerrat übertragen. Zusätzlich besitzt der Vorstand des Schülerrates gegenüber der Schulleitung, der Schulkonferenz und der Schulelternvertretung das Informations-, Anhörungs-, Vorschlags- und Beschwerderecht.

Unterstützung für überregionale und bundesländerübergreifende Zusammenarbeit von Kommunen und Landkreisen

Die Junge Union fordert die finanzielle und politische Unterstützung für überregionale und bundesländerübergreifende Zusammenarbeit von Kommunen und Landkreisen.

Beschluss #24

30. Landestag der Jungen Union Thüringen
Sonneberg, 26. und 27. August 2017



JU Thüringen unterstützt Beschluss der Senioren-Union: Dieter Althaus soll Ehrenvorsitzender der CDU Thüringen werden

Die Jungen Union Thüringen schließt sich dem Beschluss der Senioren Union Thüringen an,
Ministerpräsident a.D. Dieter Althaus zum Ehrenvorsitzenden der CDU Thüringen vorzuschlagen.

Begründung:

Dieter Althaus hat sich als langjähriger Ministerpräsident Thüringens bleibende Verdienste um den Freistaat Thüringen erworben. Als stellvertretender CDU-Landesvorsitzender von 1993-2000 und als Landesvorsitzender von 2000-2009 hat er maßgeblich zum Aufbau der CDU in Thüringen nach der Deutschen Einheit beigetragen. Er hat die Thüringer CDU über mehr als zwei Jahrzehnte geprägt. Seine Erfahrung als ehem. Parteivorsitzender und Regierungschef sind auch für die künftige Arbeit der CDU in Thüringen wertvoll. Er sollte daher Ehrenvorsitzender werden.

Die Senioren Union Thüringen hatte auf ihrem Landestag 2016 einen entsprechenden Beschluss gefasst, den die Junge Union Thüringen unterstützen sollte.